

# Migrationspolitik als Bevölkerungssteuerung?

## Die ›migrantische Geburtenrate‹, ›qualifizierte Zuwanderung‹ und die zukünftige Nation

Von Susanne Schultz

Als die Debatte um die sogenannte ›Flüchtlingskrise‹ in Deutschland bereits in vollem Gange war, diskutierten Regierungsvertreter\*innen im September 2015 in Berlin auf dem Strategiekongress Demografie die Auswirkungen der Zuwanderung auf die deutsche Bevölkerungsentwicklung.<sup>1</sup> Sie ordneten Migrationspolitik der seit 2012 offiziell deklarierten staatlichen Demografiestrategie unter und sprachen diverse Dimensionen als demografische an – von positiven Effekten der Zuwanderung gegen einen drohenden ›Fachkräftemangel‹ über eine erhöhte Zahl der zukünftigen ›Erwerbsfähigen‹ und eine veränderte ›generative Zusammenstellung‹ bis hin zum Einfluss der ›schieren Zahl‹ auf die zukünftige deutsche Bevölkerungsgröße. Und: Es gehe um »Menschen die zu uns kommen und bei uns bleiben [...] bis hin zur Staatsbürgerschaft« (De Maizière 2015; Nahles 2015).

In diesem Text wird es darum gehen, wie in einer Hochphase der Debatte um eine explizite nationale Demografiestrategie die Ereignisse des ›langen Sommers der Migration‹ 2015 in Deutschland diskutiert wurden (vgl. Schwiertz/Ratfisch 2016). Inwiefern und von wem wurde die Einwanderung vieler Menschen als Frage eines längerfristigen nationalen bevölkerungspolitischen Projektes interpretiert und in unterschiedliche politische Hegemonieprojekte eingearbeitet? Welche Rolle spielte darin die Frage einer segregiert erfassten ›migrantischen Geburtenrate‹ – und die Frage des ›Fachkräftemangels‹? Und inwiefern strukturierte das demografische Wissen die Dis-

1 Ich verwende einfache Anführungszeichen, um die typischen Diskurselemente bzw. Tropen der Debatte zu Demografie, Migration, Geburtenraten und Arbeitskraftpolitik zu markieren und doppelte Anführungszeichen, wenn ich mich direkt auf eine anschließend erwähnte Quelle beziehe.

kussionen um Migrationspolitik auf eine spezifische Weise? Hintergrund der Demografisierung von Migrationspolitik war es, dass Deutschland schon seit einiger Zeit als ›schrumpfende‹ und ›alternde Nation‹ zum Problem erklärt worden war.<sup>2</sup> Im Rahmen der bevölkerungspolitischen Debatten der Bundesregierungen seit Ende der 1990er Jahre waren einerseits Strategien der ›Anpassung‹ an den ›demografischen Wandel‹ entwickelt worden (Stichwort Rentenreform). Andererseits gab es bald auch strategische Erwägungen zur ›Gestaltung‹ der Bevölkerungsentwicklung, die seit Mitte der 2000er auch mit einer selektiv pronatalistischen Familienpolitik zur Hebung der ›deutschen‹ Geburtenrate umgesetzt wurden (vgl. Text »Nation und Kinderwunsch« in diesem Band). Inwiefern und wie auch Migration als demografiepolitische Frage verhandelt wurde, das werde ich in diesem Text nachvollziehen, und zwar von den 1990er Jahren bis insbesondere zu den Jahren kurz nach dem ›Sommer der Migration‹. Mit Bezug auf Demografie wurde die Debatte um eine mögliche nationale Nützlichkeit von Migration über einen unmittelbaren kurzfristigen Arbeitskräftebedarf hinaus in einen längerfristigen biopolitischen Zusammenhang eingebettet. Demografische Projektionen über die Implikationen einer ›migrantischen Fertilität‹ gewannen ebenso an Bedeutung wie längerfristige Berechnungen über die zukünftige Zahl der Erwerbsfähigen und Fachkräfte. Alles drehte sich um die Frage, wie sich der nationale Bevölkerungskörper längerfristig zusammensetzen würde und welche zukünftigen Staatsbürger\*innen ›wir‹ denn brauchen. Bevor ich mich mit diesen Entwicklungen befasse, möchte ich zunächst kurz in den methodologischen Zugang zu diesen Fragen einführen und eine Orientierungshilfe bieten über die teilweise zumindest auf den ersten Blick paradox erscheinenden und komplexen Gemengelagen dieser demografisierten Migrationsdebatte.

Um das Ineinandergreifen von demografischem Wissen und politischen Strategien zu erfassen, habe ich eine zweifache theoretisch-methodologische Bearbeitung gewählt: Zum einen beziehe ich mich auf einen nominalistischen, an die Arbeiten Michel Foucaults angelehnten Zugang, um den zu beobachtenden Bedeutungsgewinn demografischen Wissens im Sinne eines Dispositivs zu verstehen (vgl. Foucault 1980). Damit lässt sich zeigen, dass das Wissen über demografische Probleme das Objekt des Zugriffs, das ›Bevölkerungsproblem‹, im selben Akt hervorbringt wie es den staatlichen Zugriff darauf organisiert. Dies heißt auch zu problematisieren, welches spezifische Wissen über die Bevölkerung bzw. über bestimmte Bevölkerungsgrup-

---

2 Siehe zum Konzept der Demografisierung Einführungstext in diesem Band.

pen wie ›Ausländer\*innen‹, ›Flüchtlinge‹, ›Menschen mit Migrationshintergrund‹ in den staatlichen Akten des Verwaltens und Regierens gleichzeitig vorausgesetzt und hervorgebracht wird (vgl. Mecheril/Messerschmidt 2013). Diese auch als demografische Rationalitäten zu bezeichnenden ›Staatseffekte‹ sind aber nicht als monolithisches Programm zu verstehen, sondern stellen eine Folie dar, auf der sich auch Konflikte artikulieren (vgl. Lemke 2007). So beziehen sich in den untersuchten migrationspolitischen Auseinandersetzungen unterschiedliche politische Kräfte auf demografische Argumente: von völkisch-nationaler Abschottung bis zu denjenigen, die eine langfristige biopolitische Nützlichkeit von Zuwanderung betonen. Diese Kräfte operieren mit heterogenen Ausdifferenzierungen zu Fragen differenzieller Inklusion und Exklusion. Um diese Kräfteverhältnisse zu verstehen, beziehe ich mich als zweite Perspektive auf einen hegemonietheoretischen Zugang: Die verschiedenen ›demografischen‹ Argumente können unterschiedlichen Projekten zugeordnet werden, die um Hegemonie ringen (vgl. Buckel u.a. 2014). Wichtig ist aber, dass diese Auseinandersetzungen eben nicht auf neutralem Terrain stattfinden, sondern auf der darin weitgehend unhinterfragten Folie eines demografischen Dispositivs, das die Auseinandersetzung vorstrukturiert – und das die beiden untersuchten Hegemonieprojekte auch auf viele Arten miteinander verschränkt. Denn das demografische Wissen strukturierte die Debatte auf eine spezifische und höchst problematische Weise – im Sinne einer Reartikulation der Nationform und mit erheblichen Implikationen für eine Analyse der Konjunkturen des Rassismus (vgl. Demirovic/Bojadzic 2002).

Um sich der Gemengelage der untersuchten Diskussionen um Migration als demografiepolitische Frage annähern zu können, sei auf dreierlei Dimensionen hingewiesen: Erstens stellten die langfristig angelegten demografischen Rationalitäten, die sich mit den quantitativen Effekten der Migration für die zukünftige nationale Bevölkerungszahl (oder auch die zukünftige Alterszusammensetzung) befassen, paradoxerweise eine Herausforderung für dieselben – rechten, konservativen, neoliberalen – Kräfte dar, die eine Demografisierung des Politischen hauptsächlich vorantrieben. Diese Herausforderung ergab sich dann, wenn die abstrakt quantitativen Koordinaten eines langfristig ›schrumpfenden‹ und ›alternden‹ Deutschlands für bare Münze genommen werden und im Zentrum stehen. Denn schließlich ließ sich daraus eigentlich nur eine einfache rechnerische Schlussfolgerung ziehen, nämlich diejenige, dass sich eine liberale Migrationspolitik oder gar eine Politik der offenen Grenzen als rationale Antwort aufdränge und nahelag. Zweitens war

somit die Demografisierung der Migrationspolitik immer auch in verschiedene Strategien eingebettet, die darauf abzielten, diese simple quantitative Schlussfolgerung zurückzuweisen und einzudämmen: Idealtypisch lassen sich zwei Hegemonieprojekte unterscheiden, die in diesem Impetus der Eindämmung aber ineinandergriffen und die ich ausführlich bearbeiten werde: Ein utilitaristisch-neoliberales Projekt, das Migrationspolitik als ökonomisch nutzenorientierte ›qualifizierte Immigrationspolitik‹ betreiben wollte – und somit einschränkende selektive Kriterien einführte. Unterstützt wurde diese Strategie der Eindämmung auch durch Argumente der ›Ineffizienz‹ von Migration, wenn es etwa um den Einfluss von Einwanderung auf die zukünftige Alterszusammensetzung ging und argumentiert wurde, die ›migrantische Geburtenrate‹ sei zu niedrig, um das zukünftige ›Altern‹ der deutschen Bevölkerung zu verhindern. Davon lässt sich ein rechtes ethnozentrisches Projekt unterscheiden, das Zuwanderung nach rassistischen Kriterien als Gefahr für die zukünftige ›Bevölkerungszusammensetzung‹ bewertete. Auch hier spielte die ›migrantische Geburtenrate‹ eine wichtige Rolle, die aber hier als zu hoch und als Gefahr für eine vermeintliche ethnische Homogenität der Deutschen erachtet wurde. Drittens sei angemerkt, dass die Einordnung der demografisierten Migrationspolitik als paradox, wie ich es im ersten Punkt angedeutet habe, nur auf den ersten Blick gilt. Denn die genannten Eindämmungsstrategien sind dem Dispositiv der Demografie nicht äußerlich: Die ›qualitativen‹ selektiven und hierarchisierenden Elemente, die von beiden Hegemonieprojekten auf unterschiedliche Weise eingeführt wurden, um Migration nicht als einfache Antwort auf das ›Schrumpfen‹ und ›Altern‹ gelten zu lassen, sind in die Genealogien des Bevölkerungsdenkens von Anfang an eingeschrieben. Ebenso ist der diese Projekte durchziehende Nationalismus im Demografiedispositiv methodologisch angelegt und führte dazu, dass die heterogene Gemengelage der untersuchten demografiepolitischen Migrationsdiskurse prinzipiell auf Nationalismus hinausliefen, wenn auch – wie zu zeigen sein wird – in unterschiedlichen Ausprägungen: Schließlich projizieren sie beide eine mehr oder weniger langfristige nationale Zukunft, in der es gilt, das nationale ›Wir‹ zu schützen und zu retten.<sup>3</sup>

---

3 Ohne dies hier vertiefen zu können: Auch Bezüge aus der kritischen Migrationsforschung auf demografische Daten, wie sie im selben Untersuchungszeitraum anfangen zu kursieren, müssen auf problematische Effekte einer Demografisierung des Politischen hin reflektiert werden, sowohl wenn eine postmigrantische Gesellschaft einfach aus dem quantitativen Anteil von Menschen ›mit Migrationshintergrund‹ abgeleitet

Aus einer Perspektive auf Migrationspolitik in Deutschland von Anfang 2022 möchte ich vorweg anmerken, dass die regierungspolitischen utilitaristischen (nicht die explizit rechten rassistischen) demografiepolitischen Debatten um Migrationspolitik in den letzten Jahren eher weniger Aufmerksamkeit erhalten haben.<sup>4</sup> Das ist auch kein Wunder: Die deutsche und europäische Abschottungspolitik ist nach 2015 wieder fest verankert und vertieft worden. Die Toten im Mittelmeer blieben kontinuierlicher Bestandteil des Migrationsregimes und ein nekropolitische Konsens wurde etabliert, dass sich der ›Sommer der Migration‹ nicht wiederholen dürfe, mit allen menschenverachtenden Konsequenzen.<sup>5</sup> Schließlich hat auch eine auf die Gesundheit einer nationalen Bevölkerung fokussierte Pandemiepolitik diese Entwicklungen weiter befeuert – und auf das Business as Usual der deutschen Migrationspolitik eingeschworen. In Zeiten der Pandemie stehen Abschottung kombiniert mit einer kurzfristig angegangenen Hire-and-Fire-Anwerbung ›systemrelevanter‹ Arbeitskräfte im Zentrum der Migrationspolitik – und nicht längerfristige Effekte der Einwanderung zukünftiger Staatsbürger\*innen (vgl. Laufenberg/Schultz 2021). Deswegen und nur deswegen sind die Forschungsergebnisse sprachlich in der Vergangenheit formuliert: Dies heißt aber nicht, dass nicht bis heute viele dieser Entwicklungen weiterwirken.

In den folgenden Abschnitten werde ich zunächst kurz historisch in die Entwicklung der strategischen Debatten rund um Migration und Demografie einführen. Anschließend gehe ich auf den Bedeutungsgewinn einer segregiert erfassten ›migrantischen Geburtenrate‹ ein und wie zwei sehr unterschiedliche Hegemonieprojekte doch zu ähnlichen Schlüssen kamen und ähnliche Narrative bedienten. Anschließend gehe ich auf die strategische Debatte um Migrationspolitik als Arbeitskraftpolitik ein – zwischen längerfristigen quantitativen Erwägungen über das ›Erwerbspersonenpotenzial‹ und der Eindäm-

---

wird oder wenn eine segregierte Erfassung rassistisch diskriminierter Menschen zum Beleg sozialer Ungleichheit gefordert wird, ohne die problematischen Effekte einer Reifizierung bestimmter Kategorisierungen genug zu berücksichtigen.

- 4 Allerdings ist Demografiepolitik seit Anfang der 2010er regierungspolitisch institutionalisiert und die Bundesregierung zieht regelmäßig ›demografiepolitische Bilanzen‹ in jeder Legislaturperiode, so zuletzt die Bilanz von 2021 (BMIBH 2021).
- 5 Wie der Krieg in der Ukraine und die Aufnahme von Geflüchteten die ›demografische‹ Debatte wieder anheizen könnte, ist zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes nicht absehbar. Zu befürchten ist aber ähnlich wie 2015/2016 ein Übergang von der Willkommenskultur zu demografiepolitischen utilitaristischen Debatten.

mung auf Fachkräftenwerbung und -mobilisierung.<sup>6</sup> Schließlich diskutiere ich abschließend, inwiefern sich in der untersuchten demografiepolitischen Konjunktur des Rassismus verschiedene Projekte der Nation niederschlagen. Und ich schlage Perspektiven für eine antirassistische und feministische Kritik an demografischen Rationalitäten vor.<sup>7</sup>

## Die demografische Frage in der deutschen Migrationspolitik seit der Süßmuth-Kommission

Im Zuge einer ›Normalisierung‹ deutscher Politik nach der Wiedervereinigung und im Rahmen einer neoliberalen sozialpolitischen Programmatik kam es seit Mitte der 1990er Jahre zu einer enormen Ausweitung und Institutionalisierung demografischer Wissenschaft und Politikberatung in Deutschland (vgl. Barlösius 2007; Messerschmidt 2014). Zuvor war die institutionalisierte Zunft der deutschen Bevölkerungswissenschaft in der alten Bundesrepublik relativ überschaubar und nicht hegemoniefähig gewesen – eine kleine Szene, deren eugenische und rassistische disziplinäre Kontinuitäten eine kritische Forschung in den 1980er und 1990er Jahren aufdeckte (vgl. Heim/Schaz 1996). Spätestens seit der Jahrtausendwende wurde der ›demografische Wandel‹ jedoch zentral für die Legitimierung des sozialpolitischen Ab- und Umbaus: Stichworte sind Agenda 2010, Teilprivatisierung des Rentensystems, Heraufsetzung des Rentenalters etc. (vgl. Butterwegge u.a. 2012). Diese ›Reformen‹ wurden als Anpassung an eine als unvermeidlich dargestellte ›Schrumpfung‹ und ›Alterung‹ der deutschen Bevölkerung präsentiert. Dazu kam aber in der zweiten rot-grünen Legislaturperiode (2002–2005) auch das Ziel der ›Gestal-

6 Mit Arbeitskraftpolitik bezeichnet Fabian Georgi verschiedene politische Strategien zur Sicherung des Arbeitskräfteangebots – sei es die Anwerbung migrantischer Arbeiter\*innen, sei es die Qualifizierung inländischer Arbeitskräfte oder auch die Mobilisierung einer ›stillen Reserve‹ (vgl. Georgi 2016; Georgi u.a. 2014).

7 Dieser Text basiert teilweise auf einer Veröffentlichung in der Zeitschrift *movements* (Schultz 2016). Er greift auf Gespräche mit Vertreter\*innen privater Think Tanks und öffentlicher Ressortforschung zu Demografie und Zuwanderung zurück, die ich im Rahmen des DFG-Forschungsprojektes »Demografisierung des Politischen« geführt habe. Ausführlicher zur Frage der ›migrantischen Geburtenrate‹ vgl. Schultz 2019.

tung« im Sinne aktiver Bevölkerungspolitik hinzu.<sup>8</sup> Das Ziel, die Geburtenrate in Deutschland insgesamt zu erhöhen, verfolgten die Familienministerien in den darauffolgenden Jahren mit einem klaren Fokus auf das Gebärverhalten von besserverdienenden und qualifizierten deutschen Frauen (vgl. Texte »Nation und Kinderwunsch« sowie »Humanvermögen und Zeitpolitik« in diesem Band). Bis 2012 erarbeitete die Bundesregierung schließlich unter Federführung des Bundesinnenministeriums eine Demografiestrategie, die ab nun ressortübergreifend alle Politikbereiche durchdringen sollte (vgl. BMI 2012). Sie wurde durch regelmäßige Demografieipfel, ständige Arbeitsgruppen, einen Expertenrat Demografie und ein vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BIB) betriebenes Demografieportal vorangetrieben.

Zwar wurde auch Migration nun als bevölkerungspolitische Frage in die Debatte integriert, blieb allerdings grundsätzlich ein untergeordnetes Thema.<sup>9</sup> Dies ergibt sich schon historisch aus dem Verständnis von Nation in der Geschichte der deutschen Bevölkerungswissenschaft, das von der Reproduktion einer als ethnisch homogen gedachten und nach außen abgeschlossenen nationalen Bevölkerung ausgeht (vgl. Heim/Schaz 1996). Dieses Verständnis begründet sich nicht nur aus einer völkischen Interpretation der Demografie, sondern wird auch durch den methodologischen Nationalismus der demografischen Wissensproduktion selbst verstärkt. Prinzipiell ist das demografische Kerngeschäft die Beforschung einer »natürlichen Bevölkerungsbe-  
wegung«, womit Prozesse der Mortalität und Fertilität im nationalen Rahmen gemeint sind. Migration wird dagegen als zusätzlicher Faktor verstanden und in der internationalen Diskussion als Frage des *replacement* (im Unterschied zu *reproduction*) verhandelt (vgl. Lanzieri 2013). So ist es nicht erstaunlich, dass sich die deutsche Demografieforschung darauf konzentriert, die »Reproduktion« einer nationalen Bevölkerung prioritär als Frage des Gebärens und Sterbens zu untersuchen – innerhalb eines als abgeschlossen gedachten nationalen Containers (vgl. Haug 2017).

8 Im Gegensatz zur Entwicklungspolitik wird in der innenpolitischen Debatte der Begriff der »Bevölkerungspolitik« weitgehend vermieden und stattdessen von »Demografiepolitik« gesprochen (vgl. Mayer 2012).

9 Die Frage der Zuwanderung wurde zunächst nur in einer Untergruppe zum Thema Fachkräfte bearbeitet, später dann in einer von zehn Arbeitsgruppen unter dem Titel: »Ausländisches Arbeitskräftepotenzial erschließen und Willkommenskultur schaffen«.

Dennoch gab es seit den 1990er Jahren erste Ansätze, Migrationspolitik (neben Familien- bzw. Geburtenpolitik) in der Bundesrepublik als Aspekt demografischer Problemlösungen zu thematisieren. So brachte das Manifest der 60, ein Aufruf u.a. von Bevölkerungswissenschaftler\*innen vor, dass Einwanderung für das gerade wiedervereinigte Deutschland auch deswegen notwendig sei, um die »sozialen Leistungssysteme bei einer schrumpfenden und alternden Bevölkerung« zu sichern (Bade 1994). Ein wichtiger Schritt in diese Richtung war dann 2001 der Bericht der von der Bundesregierung einberufenen Unabhängigen Kommission Zuwanderung unter der Leitung von Rita Süssmuth. Er stellte demografische Rationalitäten ins Zentrum migrationspolitischer Überlegungen: »Deutschland braucht Zuwanderinnen und Zuwanderer [...] [D]ie Problematik einer alternden und abnehmenden Bevölkerung wurde nicht ausreichend thematisiert. Viele Menschen sind beunruhigt, dass unser Land im internationalen Leistungsvergleich zurückfällt.« (UKZ 2001: 11) Und weiter: »Die demografische Entwicklung wird die Bevölkerungszahl und das Arbeitskräfteangebot dezimieren. Es ist daher nötig, geordnete Wege dauerhafter Zuwanderung zu öffnen.« (ebd.: 87) Hintergrund waren Debatten über ein neues Zuwanderungsgesetz. National-konservative Kräfte machten jedoch Front gegen eine demografisch begründete Öffnung in der Zuwanderungspolitik und wurden dabei von rechten Demograf\*innen unterstützt. Dies war insofern erfolgreich, als im Endeffekt keine expliziten demografischen Ziele in das 2005 erlassene Gesetz aufgenommen wurden. Ein Gutachten des Bevölkerungswissenschaftlers Herwig Birg für das bayrische Staatsministerium von 2001 galt diesbezüglich als einflussreich (vgl. Oberndörfer 2005). Birg warnte hier vor den Grenzen der »Integrationsfähigkeit« der deutschen Bevölkerung und ließ die nationalsozialistischen Kontinuitäten der deutschen Demografie mehr als deutlich werden. Er empörte sich über eine »kompensatorische Einwanderungspolitik« und erklärte:

»Es wäre ein singulärer Vorgang in der tausendjährigen Geschichte Deutschlands, wenn [...] eine für vier Jahre gewählte Regierung gegen den Willen der Wähler ein noch in Generationen nachwirkendes Zuwanderungsgesetz beschließen würde, das die deutsche Mehrheitsbevölkerung in vielen Städten und Regionen zu einer Minderheit im eigenen Land werden lässt.« (Birg 2001: 15)

Nachdem demografische Rationalitäten von rechten nationalkonservativen Kräften also zunächst zurückgedrängt wurden, begannen in den 2010er Jahren auch unternehmensfreundliche neoliberale Think Tanks die Frage lang-

fristiger demografischer Entwicklungen der Erwerbspersonenbevölkerung zu thematisieren und das Thema Demografie mit einer Debatte um Strategien einer globalen Arbeitskräftenwerbung zu verbinden. Und als 2015 im ›Sommer der Migration‹ viele Menschen neu in Deutschland ankamen, entwickelte sich zeitweilig eine demografische Debatte darüber, inwiefern und unter welchen Bedingungen diese Einwanderung auch als günstiger Faktor für die demografische Entwicklung Deutschlands bewertet werden könne. Gefragt wurde nicht nur, wie viel Bevölkerung jährlich zuwandern müsse, um den demografischen Wandel abzumildern, sondern auch, inwiefern die bereits zugewanderten Flüchtlinge als demografisch positives Potenzial zu bewerten seien (vgl. Messerschmidt 2016). Allerdings blieb diese Rahmung von Migrationspolitik als demografische Frage im Sinne eines utilitaristischen nationalen Migrationsmanagements von Widersprüchen und Ambivalenzen geprägt, die für Prozesse der Demografisierung typisch sind: Zunächst einmal machte die Idee, Migrationspolitik explizit als Bevölkerungspolitik zu fassen, offensichtlich, dass hier eine Illusion staatlicher Erfassung und Steuerung wirksam wurde, die der Realität nicht gerecht wurde. Demograf\*innen mögen das Thema Migration schon allein deswegen nicht besonders gern, weil es »der Bereich ist, der am schlechtesten zu prognostizieren ist« und wo »die Datelage am schlechtesten ist« (vgl. Interview D; Herm/Poulain 2012). Die zukünftige Nettomigration, das heißt die quantitative Differenz zwischen nationaler Zu- und Abwanderung, ist derjenige Faktor in Bevölkerungsprojektionen, der als extrem ›volatil‹ gilt und das langfristige Zukunftswissen, auf das die Demografisierung des Politischen prinzipiell angewiesen ist, sehr deutlich zu einem spekulativen Wissen macht (vgl. Messerschmidt 2016; Schultz 2018). Eine demografisch begründete Migrationspolitik und ein darauf beruhender nationalstaatlicher Steuerungswahn liefen zudem – einmal abgesehen vom allgemeinen Eigensinn und der Autonomie der Migration – schon deswegen ins Leere, weil ein Großteil der nach Deutschland Zuwandernden aus der Europäischen Union kam und prinzipiell Freizügigkeit genoss.<sup>10</sup> Zum anderen stieß die Logik eines bevölkerungspolitisch begründeten Migrationsmanagements, wie sie dann auch unter dem Schlagwort ›Obergrenze‹ die politische Debatte anheizte, auf die Grenze humanitärer und asylpolitischer bzw. -rechtlicher Rationalitäten. Die Verschiebung von der Migrationspolitik in

10 Zu zunehmenden Einschränkungen der EU-Migration vgl. Carstensen u.a. 2018: 261; zum Konzept der Autonomie der Migration vgl. Mezzadra 2010.

Richtung nationalistisch-utilitaristischer demografischer ebenso wie arbeitskraftpolitischer Rationalitäten war somit auf indirektere, kleinteiligere und implizitere Strategien des Einsickerns dieser Rationalitäten in sozialrechtliche, aufenthaltsrechtliche und asylrechtliche Regulierungen angewiesen – sei es, dass die sozialen Rechte von EU-Bürger\*innen eingeschränkt wurden, sei es, dass Quoten für die Familienzusammenführung eingeführt wurden, sei es, dass Asylpolitik zunehmend klassenselektiv ausgestaltet wurde (vgl. Riedner 2015; Scherschel 2016; Carstensen u.a. 2018). Schließlich blieben demografische Rationalitäten auch insofern einer Ambivalenz und Widersprüchlichkeit unterworfen, als demografische Expertise auf eine langfristige Entwicklung der Bevölkerungsgröße und -zusammensetzung ausgerichtet ist, die Hauptantriebskräfte einer Demografisierung von Migrationspolitik aber arbeitskraftpolitische Strategien blieben. Deren Ziel besteht ja letztendlich darin, die Flexibilität und damit auch Prekarität von Aufenthaltstiteln zu erhalten (vgl. Georgi 2016). Das gilt ganz besonders für die Arbeitskraftpolitik einer rassistischen Unterschichtung, die mit einer Politik der Illegalisierung, Entrechtung und Prekarisierung von Aufenthaltstiteln einhergeht (vgl. Mezzadra/Neilson 2013; Carstensen u.a. 2018). Diese Dimension wurde von einer demografischen Expertise, die sich mit einer explizit formulierten staatlichen Politik der langfristigen Steuerung von Migration befasste, jedoch eher ausgeblendet und dethematisiert. Angesichts dieser Gemengelage konzentrierte sich der untersuchte migrationspolitische Demografiediskurs in Deutschland vor allem auf zwei Dimensionen, die ich im Folgenden ausführlicher untersuchen werde: Erstens auf Spekulationen über die zukünftige Auswirkung von Zuwanderung auf die nationale Bevölkerungsgröße und -zusammensetzung. In diesem Kontext spielte auch die Frage, inwiefern ein differenzielles ›reproduktives Verhalten‹ von Migrantinnen demografisch relevant sei, eine wichtige Rolle. Zweitens wurde die Frage verhandelt, wie sich Zuwanderung auf das ›Erwerbspersonenpotenzial‹ oder genauer auf die Verfügbarkeit von hochqualifizierten Arbeitskräften auswirken könne – mit einem Fokus auf die Anwerbung aus Nicht-EU-Staaten bzw. die Nutzung des Potenzials bereits zugewanderter bzw. geflüchteter Menschen.

## Zu hoch oder zu niedrig: Die ›migrantische Geburtenrate‹ als anti-immigratorisches Argument

Im Folgenden gehe ich darauf ein, wie zwei unterschiedliche Hegemonieprojekte statistische Informationen über eine durchschnittliche ›migrantische Fertilität‹ mit einer demografischen Zukunft der Nation in Verbindung brachten.<sup>11</sup> Die Datengrundlage war dabei heterogen, je nachdem welche Kategorien von ›Migrant\*innen‹ zugrunde gelegt wurden, ob Frauen einbezogen wurden, die als Erwachsene oder schon als Kinder eingewandert waren, ob Frauen der sogenannten zweiten oder weiterer Generationen, Frauen mit ausländischer Staatsbürgerschaft oder auch Frauen mit deutscher Staatsbürgerschaft und ›Migrationshintergrund‹ in Bezug auf Geburtenraten erfasst wurden (vgl. Schmid/Kohls 2009). Zudem stellten sich diese Statistiken auch in vieler Hinsicht als spekulativ dar, weil viele Daten bevölkerungssstatistisch nicht erfasst werden.<sup>12</sup> Als allgemeine Tatsache galt jedoch in der demografiepolitischen Debatte, dass erstens Geburtenraten von ›Migrantinnen‹ sich durchschnittlich als höher darstellten als die von ›einheimischen‹ Frauen oder Frauen ›ohne Migrationshintergrund‹ und dass zweitens die ›migrantische Fertilität‹ dahin tendiere, zurückzugehen, je mehr Zeit seit der Einwanderung nach Deutschland vergangen sei. Ob diese Geburtenraten jedoch als (immer

- 
- 11 Um dies zu beantworten, habe ich Expertisen, wissenschaftliche Artikel und Buchpublikationen seit 2000 untersucht und 2015 eine Reihe von Interviews mit Wissenschaftler\*innen aus Forschungsinstituten, Stiftungen und politikberatenden Gremien geführt (vgl. Interviews A-D).
  - 12 Bis heute gibt es in Deutschland keine allgemeine staatliche Erfassung der Zahl der Kinder, die von Frauen mit oder ohne deutsche Staatsbürgerschaft oder mit oder ohne ›Migrationshintergrund‹ geboren wurden. Erst seit einigen Jahren sind Hochrechnungen aus dem Mikrozensus (eine Befragung von einem Prozent der Haushalte in Deutschland) eine entscheidende Referenz. Dieser erfasst seit 2008, auf einer lediglich freiwilligen Basis, Daten über die Anzahl der Kinder, die eine Frau zur Welt gebracht hat (vgl. Spieß 2012). Auch die Kategorie ›Migrationshintergrund‹, die es ermöglicht, auch unter den deutschen Staatsbürger\*innen segregierend Daten zu erheben, wurde erst 2005 offiziell in die deutsche Bevölkerungsstatistik eingeführt (vgl. Supik 2014). Seit 2011 ist die Kategorie vom Statistischen Bundesamt so definiert, dass damit alle Personen erfasst werden, die selbst nicht mit einer deutschen Staatsbürgerschaft geboren wurden, von denen wenigstens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde oder von denen mindestens ein Elternteil nach 1955 nach Deutschland einwanderte.

noch) ›zu hoch‹ oder (bald) ›zu niedrig‹ interpretiert wurden, dies hing von der Bezugnahme des jeweiligen Hegemonieprojektes ab, und insbesondere davon, ob sich dieses auf eine zukünftige ›ethnische‹ oder ›kulturelle‹ Zusammensetzung oder auf eine zukünftige Alterszusammensetzung der deutschen Bevölkerung bezog.

### Die bedrohliche Fruchtbarkeit der ›Anderen‹

Völkisch-nationale und konservative Diskurse haben immer wieder den Unterschied zwischen der Geburtenrate von ›nicht-migrantischen‹ oder ›autochthonen‹ deutschen Frauen und derjenigen von ›ausländischen‹ oder ›zugewanderten‹ Frauen herausgestellt, um auf dieser Basis die zukünftige ›ethnische‹ oder ›kulturelle‹ Zusammensetzung der Bevölkerung zu berechnen und damit an die alte rassistische Trope der bedrohlich höheren Fruchtbarkeit der ›Anderen‹ anzuknüpfen (vgl. Karakayali 2011). Herwig Birg, der bis weit in die 2000er Jahre hinein die deutsche Mediendebatte zu Demografie entscheidend prägte, berechnete in seinem Gutachten einen zukünftig steigenden Anteil ›der Zugewanderten und ihrer Nachkommen‹ (Birg 2001: 12).<sup>13</sup> In seinem Buch ›Die ausgefallene Generation‹ projizierte er zwei segregierte Geburtenraten kontinuierlich in die Zukunft, erhob also separat über Generationen hinweg die vermutliche Anzahl von Nachkommen der ›Zugewanderten‹ und zwar ›unabhängig von der formalen Staatsangehörigkeit‹ (Birg 2005: 71). Seine Annahme war, dass zwischen 1998 und 2030 die Geburtenrate der ›Zugewanderten‹ von durchschnittlich 1,9 auf 1,64 Geburten pro Frau abnehmen würde und dann konstant bliebe, während er für die ›Deutschen‹ eine konstante Geburtenrate von durchschnittlich 1,3 Kindern pro Frau annahm. Auf dieser Basis und der Annahme einer bestimmter zukünftigen Nettomigrationsrate berechnete er die Daten bis extrem weit in die Zukunft, nämlich bis zum Jahr 2100 und kam so auf eine nationale Bevölkerungsgröße von insgesamt 46,1 Mio. für dieses Jahr (gegenüber 82,1 im Jahr 1998), zusammengesetzt aus 21,5 Mio. ›Deutschen‹ und 24,6 Mio. ›Zugewanderten‹ (ebd.: 74). Die alarmistische Geste solcher sehr langfristigen, höchst spekulativen Berechnungen auf der Grundlage der Idee einer sich unendlich vererbenden Nichtzugehörigkeit über die Generationen hinweg ist offensichtlich. Sie dramatisiert zum einen die erwartete Veränderung der Bevölkerungszusammenset-

13 Siehe zu seinen medialen Auftritten seine Homepage: <https://www.herwig-birg.de/publikationen/zeitungen/> (Zugriff: 11.4.2022).

zung und zum anderen die ›Bevölkerungsschrumpfung‹. Birg entwarf dazu als Bedrohungsszenarium eine »Multiminoritätengesellschaft«, bei der der »Wechsel des Status einer Bevölkerungsgruppe von der absoluten Mehrheit zur Minderheit einen demografischen Übergang von großer Tragweite« darstelle (ebd.: 109). Die extrem langfristige segregierte Berechnung von »Teilpopulationen« war seiner Meinung nach legitim, da sich im Fall von Deutschland diese Gruppen »nicht mischen, sondern sogar entmischen«, was einen Gesellschaftstyp zur Folge habe, »in dem jede Teilpopulation eine Minderheit ist« (ebd.). Weiterhin behauptete er, dass es sich in Deutschland um »Zuwanderung meist wenig qualifizierter Menschen aus Ländern der Dritten Welt« handele, ohne dazu irgendwelche statistische Daten zu präsentieren (ebd.: 108).<sup>14</sup> Birgs rassistische demografische Dystopie blieb weitgehend unwidersprochen. Es kam erst dann zu einer kontroversen Debatte, als der Sozialdemokrat Thilo Sarrazin 2010 in seinem Buch »Deutschland schafft sich ab« im Rahmen seines antimuslimischen Rassismus ganz ähnliche Argumente veröffentlichte, mit vielen Referenzen auf Birgs Arbeit (vgl. Sarrazin 2010).<sup>15</sup> Allerdings richtete sich der Protest hauptsächlich gegen Sarrazins biologistische, genetisierende und offen sozialdarwinistische Auslassungen, in denen er sich von Birg unterschied (vgl. ebd.: 349f). Die Argumente über eine zukünftige Veränderung der Bevölkerungszusammensetzung, mit denen Sarrazin im Gefolge Birgs vor »qualitativen Verschiebungen in der Geburtenentwicklung Deutschlands« und vor einer »Zunahme des Anteils bildungsferner Migranten« warnte, wurden demgegenüber kaum beachtet (ebd.: 353). Ähnlich wie Birg setzte sich Sarrazin dafür ein, dass die Demografie mehr über die »Wirkungen der Migration auf die Zusammensetzung der Bevölkerung« und über die »Auswirkungen der unterschiedlichen Fruchtbarkeit nach Herkunft und sozialer Schichtung« erforschen solle (ebd.: 354). Und er betonte besonders eine überdurchschnittliche »Nettoreproduktionsrate der muslimischen Migranten«, die ihm zufolge überwiegend der »Unterschicht« angehörten (ebd.: 355). Ebenso wie Birg arbeitete er mit langfristigen Projektionen und berechnete eine aggregierte Geburtenrate für Frauen aus »Nah- und

14 Den Statistiken des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zufolge bestand die Zuwanderung 2005 insgesamt zu mehr als zwei Dritteln aus europäischen Zuwandernden (vgl. Thum u.a. 2015: 16).

15 Zum Beispiel erklärte Sarrazin: »Die Besorgnis von Herwig Birg, es könne ein ›Kulturbruch‹ eintreten, wenn sich muslimische Bevölkerungsanteile über ein bestimmtes Maß hinaus erhöhen, erscheint durchaus realistisch« (Sarrazin 2010: 369).

Mittelost sowie Afrika« (eine Tochter pro Frau) und stellte dieser eine »Netto-reproduktionsrate« der Frauen mit »keinem oder anderem Migrationshintergrund« gegenüber (0,65 Töchter pro Frau) (ebd.: 358f). Und wie Birg berechnete er die »Reproduktion« dieser Gruppen segregiert durch vier Generationen, so dass er eine drastische proportionale Verschiebung errechnete: von einem Bevölkerungsanteil der Menschen »aus Nah- und Mittelost sowie Afrika« von 6,5 Prozent zu einem Anteil von 71,5 Prozent (ebd.: 359). Dieser alte rassistische Topos einer bedrohlichen Fruchtbarkeit der »Anderen« und auch der Rekurs auf langfristige spekulative Bevölkerungsprojektionen wurden dann auch von der sich konsolidierenden extremen Rechten in Deutschland aufgegriffen. So erklärte die AfD 2016 in ihrem Parteiprogramm:

»Dabei hat sich in den vergangenen Jahren gezeigt, dass insbesondere muslimische Migranten in Deutschland nur ein unterdurchschnittliches Bildungs- und Beschäftigungsniveau erreichen. Dass die Geburtenrate unter Migranten mit mehr als 1,8 Kindern deutlich höher liegt als unter deutschstämmigen Frauen, verstärkt den ethnisch-kulturellen Wandel der Bevölkerungsstruktur.« (AfD 2016: 42)

### **Die Ineffektivität der ›migrantischen Geburtenrate‹ gegen das ›Altern‹**

Im Unterschied zu diesen offen rassistischen Perspektiven auf eine langfristige ›kulturelle‹ oder ›ethnische‹ Bevölkerungszusammensetzung, brachte das Projekt eines utilitaristischen Migrationsmanagement die Daten zu einer differenziellen migrantischen Fertilität eher in Verbindung mit der langfristigen nationalen Altersstruktur. Berechnet wurde hier, inwiefern die zukünftigen Geburtenraten der Zugewanderten den demografischen Wandel, sprich die sogenannte ›Alterung‹ der Bevölkerung, entschleunigen könnten. Die Frage der nationalen Altersstruktur gewann seit den 1990er Jahren transnational in demografiepolitischen Debatten an Bedeutung und kann als intermediäre Kategorie verstanden werden zwischen einer rein quantitativen Problematisierung der Bevölkerungszahl und einem qualitativen Rekurs auf nützliches Humankapital. Krisenszenarien werden hier aus ungünstigen Proportionen zwischen der abstrakten Gruppe der ›Erwerbsfähigen‹ (der 20- bis 64-jährigen) einerseits und der Zahl der ›Alten‹ (oder auch der ›Alten‹ und ›Jungen‹) andererseits abgeleitet. Dieser Zugang abstrahiert von sozialer Ungleichheit innerhalb der Generationen und auch von komplexen sozialen Verhältnissen etwa in Bezug auf die Entwicklung von Arbeitsmärkten, deren Konjunkturen

ja wiederum von Arbeitslosigkeit, Dynamiken der Prekarisierung, Lohn- und Produktivitätsentwicklung geprägt sind, und reduziert ökonomische Fragen auf einfache proportionale Verhältnisse zwischen verschiedenen Altersgruppen (vgl. Butterwegge u.a. 2012).

Im Rahmen des neoliberal-utilitaristischen Demografiediskurses gewann das Argument an Bedeutung, dass sich die Geburtenraten bei zugewanderten Frauen schnell an die ›deutsche‹ Fertilität angleichen und dass sie deswegen zu niedrig seien, um den langfristigen Trend der ›Alterung‹ aufzuhalten.<sup>16</sup> Schon 2001 hatte die Süßmuth-Kommission erklärt, dass

»die Alterung von Gesellschaften [...] durch Zuwanderung langfristig nicht abgewendet werden [kann], da auch Einwanderer älter werden. Zudem gleicht sich die Fertilität von zuwandernden Frauen an, die gegenwärtig bei einigen Migrantengruppen durchschnittlich noch über der von deutschen Frauen liegt.« (UKZ 2001: 69)

Diese Verbindung zwischen einer sich ›anpassenden‹ Fertilität von Zugewanderten und dem Effekt der ›Alterung‹ der Bevölkerung fand sich seitdem in vielen politikberatenden Expertisen und regierungsnahen Forschungen zu Demografie und Migration (vgl. Schimany 2007; BAMF 2011; Thum u.a. 2015). So begründete etwa das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) ein hauseigenes Forschungsprojekt zum »generativen Verhalten von Migrantinnen« folgendermaßen: »Die Relevanz der Migration angesichts stagnierender und alternder Bevölkerungen wurde schon häufig diskutiert, doch das generative Verhalten der Migrantinnen in Deutschland spielte bisher eher eine untergeordnete Rolle.« (BAMF 2011: 15) Als zentrales Ergebnis präsentierte das BAMF, dass »das generative Verhalten von Migrantinnen in Deutschland stark von Anpassungsprozessen an die Normen und Werte des ›Niedrig-Fertilitäts-Landes‹ Deutschland geprägt ist« (ebd.: 5). Ein\*e Wissenschaftler\*in des BAMF erklärt die Ziele einer solchen Untersuchung im Interview folgendermaßen:

16 Das Statistische Bundesamt erklärte so etwa im Anschluss an den ›Sommer der Migration‹, Zuwanderung habe keinen wesentlichen Effekt auf die ›Alterung‹ der Bevölkerung (vgl. Statistisches Bundesamt 2016). Auch Birg und Sarrazin, die eigentlich vor allem gegen eine ›zu hohe‹ migrantische Geburtenrate hetzten, bedienten sich, im Übrigen reichlich pragmatisch, gelegentlich dieses Arguments eines geringen Effektes von Migration auf die ›Alterung‹ (vgl. Birg 2005: 146; Sarrazin 2010: 344).

»Unser Ausgangs- und Zielpunkt war: Was müssen wir letzten Endes für die Hypothesenentwicklung für Bevölkerungsprojektionen zugrunde legen, was müssen wir eigentlich wissen über das generative Verhalten von Migranten? [...] Unterscheiden sich die Zuwanderer grundlegend von der Bevölkerung sonst in Deutschland, und wie können wir ihr die Effekte ihres Verhaltens auf die Gesamtbevölkerungsentwicklung beziehen?« (Interview C)

Unterstützt wurde dieses demografiepolitische Interesse an einer »migrantischen Geburtenrate« von etlichen Projekten staatlicher, semistaatlicher, privater und universitärer demografischer Forschung.<sup>17</sup> Auch wenn nicht alle Studien sich zur politischen Relevanz ihrer Forschung äußerten, brachten doch einige mit der nationalen Bevölkerungsentwicklung in Verbindung, so etwa mit der Bemerkung, dass »die absolute Zahl sowie der Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung seit 1961 nahezu kontinuierlich gestiegen« sei (Kohls u.a. 2013: 23). Oder sie erklärten, dass ihre Forschung zur Evaluation »möglicher Pfade der Bevölkerungsentwicklung« beitrüge (Bühler/Brüning 2017).<sup>18</sup> Kritisch zu hinterfragen ist hier auf jeden Fall, dass sich eine neutral gebende Forschung in einer spezifischen politischen Konjunktur Daten produzierte, für die sich ein breites Spektrum anti-immigratorischer Kräfte interessierte – und dass sie überhaupt damit einen bestimmten diskursiven Bezugsrahmen bestärkte (vgl. kritnet 2016).

### **Ein gemeinsamer Bezugsrahmen: die »migrantische Geburtenrate« als diskursives Bindeglied**

Verglichen mit dem alten rassistischen Topos einer bedrohlichen Fruchtbarkeit der »Anderen« erscheinen die Narrative der reproduktiven »Anpassung« auf den ersten Blick ein Gegenpol oder gar eine Gegenerzählung zu sein. »Zu

17 Vgl. zu Veröffentlichungen der Demografieabteilung des BAMF (Schmid/Kohls 2009; BAMF 2011) des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB) (Naderi 2015; Kohls u.a. 2013; Swiaczny 2014), des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung (MPIDR 2017; Krapf/Wolf 2015), des ifo-Instituts (Thum u.a. 2015), des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) (Stichnoth/Yeter 2013) und universitäre Forschung (Milewski 2009; Bühler/Brüning 2017; Haug 2017).

18 Im Original: »In order to evaluate possible pathways of population development in Europe, determinants of migrant fertility have to be understood.« (Bühler/Brüning 2017)

hoch« oder »zu niedrig«: Beide Narrative über eine differenzielle Fertilität teilen jedoch in vieler Hinsicht Grundvoraussetzungen demografischer Rationalitäten, indem sie auf spezifische Weise Generativität, Migration und nationale Bevölkerung in einen Zusammenhang stellen, diskursive Praktiken der Wissensproduktion über die nationalen »Anderen« reproduzieren und zu anti-migratorischen Positionen beitragen.

Drei damit verwickelte Wissensanordnungen seien hier angesprochen: Erstens konnten die Aussagen über einen zu geringen Effekt auf die Altersentwicklung nur vor dem Hintergrund bestimmter spekulativer statistischer Annahmen über eine zukünftige Nettoneuzuwanderung in der Zukunft entwickelt werden. Hierfür waren die »koordinierten Bevölkerungsvorausberechnungen« des Statistischen Bundesamtes zentral. Dieses hatte in der von 2009 bis 2015 gültigen 12. Fassung für alle zwölf durchgerechneten Varianten eine zukünftige Nettozuwanderung von 100 000 oder 200 000 Menschen pro Jahr angenommen. Tatsächlich verzeichnete das Amt 2012 bereits eine Nettozuwanderung von 369 000, 2014 von 550 000 Menschen und 2015 von 1 140 000 Menschen. Die Behörde hielt dennoch auch in der seit April 2015 gültigen 13. Vorausberechnung an den alten Projektionen fest. Sie erklärte die höhere Zuwanderung für vorübergehend und projizierte ab dem Jahr 2021 wieder eine Zuwanderung von zwischen 100 000 und 200 000 Menschen pro Jahr (vgl. Statistisches Bundesamt 2015: 40, 43). Die Argumentation, dass Zuwanderung am Prozess der »Alterung« der Bevölkerung in Deutschland nichts wesentlich ändere, beruhte insofern nicht nur auf Thesen zu einem migrantisches »generativen Verhalten«, sondern auch auf der Annahme, dass die Zukunft von einer erfolgreicherer Abschottungspolitik geprägt sein würde. In gewisser Weise gab es also einen Zirkelschluss: Zuwanderung wird keine großen demografischen Effekte haben, weil sie bald wieder zurückgehen wird. Oder, wie es eine Forscher\*in des BIB erklärt:

»In gewisser Weise wird [bei den Bevölkerungsvorausberechnungen; Anm. d. A.] auch einkalkuliert, wie vermutlich die Migrationspolitik aussehen wird. Wir könnten uns natürlich überlegen, wie viel Zuwanderung stattfinden würde, wenn wir die Grenzen aufmachen. Ohne eine Idee, wie wir unsere Zuwanderung in Zukunft steuern, macht eine Modellrechnung wenig Sinn.« (Interview B)

Zweitens teilten beide Narrative den unmittelbar bevölkerungspolitischen entsubjektivierenden Blick auf die reproduktiven Körper von Migrant\*innen. Denn dieser Blick im Kontext der Zuwanderungsdebatte war ein grundle-

gend anderer als derjenige, der in den entsprechenden familienpolitischen Demografie-Expertisen zur ›deutschen Geburtenrate‹ vorherrschte. Im Familienpolitik-Diskurs ging es um das reproduktive Begehren derjenigen Frauen aus den qualifizierten deutschen Mittelschichten, die im Rahmen einer selektiv pronatalistischen Familienpolitik zum Gebären angeregt werden sollte. Soziologisch-demografische Politikberatung zirkulierte hier um individuelle Kinderwunschökonomien und die ermöglichenden sozialen Settings der ›Vereinbarkeit‹ (vgl. Text »Nation und Kinderwunsch« in diesem Band). Demgegenüber wurde die Fertilität der Zugewanderten oder der Menschen mit Migrationsstatus in den untersuchten Agenden direkt auf der Ebene des Bevölkerungskörpers verhandelt. Mit Rückgriff auf die Unterscheidung in Foucaults Konzept der Biopolitik zwischen dem Pol der Bevölkerung und dem der individuellen Körper setzten die demografischen Forschungen damit nicht auf der Ebene der Subjektivierung der Einzelnen an, sondern am biopolitischen Effekt der Masse (vgl. Foucault 2001); oder wie Encarnación Gutiérrez Rodríguez es zusammenfasst: Es ging hier um die Adressierung von subjektlosen Objekten und nicht um die Regierung des Begehrens (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2003).

Drittens bestärkte die Erfassung der Fertilität der ›Anderen‹ in beiden Narrativen die Vorstellung reproduktiver Genealogien der Abstammung, wie sie Etienne Balibar als zentral für die Nationform herausgearbeitet hat (vgl. Balibar 1992: 123ff). Dabei richteten sich diese genealogischen Verbindungslinien – im Unterschied zur neueren Kategorie des Migrationshintergrundes – aber in die Zukunft. Während letztere es ermöglichte, in Bezug auf die Vergangenheit entlang von Genealogien der Verwandtschaft rassistische Differenzierungen innerhalb des nationalen Bevölkerungskörpers auch jenseits der Grenze der Staatsbürgerschaft einzuziehen, verlängerte die Forschung über eine differenzielle ›migrantische Fertilität‹ den rassistischen Einschnitt in die Zukunft, indem hier die zukünftigen Kinder von Migrant\*innen als ›andere, additive Bevölkerung‹ markiert wurden (vgl. Supik 2014: 108ff).

## **Demografiepolitik als Arbeitskraftpolitik? Eindämmungsstrategien in Richtung einer ›qualifizierten‹ Zuwanderung**

Im Unterschied zu kontinuierlich anti-immigratorischer Schlussfolgerungen über die ›Gefährlichkeit‹ oder auch die ›Ineffektivität‹ von Zuwanderung in

Bezug auf eine langfristig gedachte, sich ›reproduzierende‹ migrantische Bevölkerung, wurden von ökonomischen Think Tanks und regierungsnaher Politikberatung demografische Projektionen teilweise anders gewichtet, wenn es um die Frage der Arbeitskraftpolitik ging: So sprach etwa ein\*e BAMF-Expert\*in von Zuwanderung als »zusätzliche Stellschraube« und eine weitere politikberatende Expertise (des ifo-Instituts für die Friedrich-Ebert-Stiftung) davon, dass es darum gehe, den Anteil oder die absolute Zahl zukünftiger Erwerbspersonen zu erhöhen und damit den demografischen Wandel zwar nicht zu stoppen, aber zu »dämpfen« (Thum u.a. 2015: 6; vgl. Interview C). Interessanterweise wurde in diesem Kontext dann meist auf eher mittelfristige demografische Projektionen zurückgegriffen, nicht auf die langfristigen Altersproportionen etwa bis 2050 oder 2100 wie in der Fertilitätsdebatte. Zudem ging es hier oftmals vorrangig um die sich als besonders dramatisch darstellende absolute Anzahl zukünftiger Erwerbsfähiger, nicht ihren Anteil – meist bis zum Jahr 2025 oder 2030.<sup>19</sup>

Die Frage des allgemeinen zukünftigen ›Erwerbspersonenpotenzials‹ stand allerdings kaum im Zentrum dieser demografiestrategischen Migrationsdebatten rund um die Frage des nationalen Arbeitskraftbedarfs. Im Vordergrund standen vor allem ›qualitative‹, d.h. selektive und hierarchisierende Einschnitte wie sie typisch für eine Demografisierung des Politischen sind. Denn der Diskurs verlief immer wieder so, dass die Prognose zukünftig fehlender Erwerbsfähiger an die These gekoppelt wurde, es gehe vor allem um ›qualifizierte‹ Zuwanderung und damit um die gezielte Anwerbung von ›Fachkräften‹, ohne die Differenz zwischen der reinen Zahl der ›Erwerbsfähigen‹ und der klassenselektiven Kategorie der ›Fachkräfte‹ zu markieren. Deutlich wurde dies etwa im Demografiebericht der Bundesregierung von 2011: Darin erklärte die Bundesregierung, sie halte eine »jährliche Nettozuwanderung von rund 400 000 Personen für erforderlich, um das Erwerbspersonenpotenzial in Deutschland im Vergleich zum Jahr 2008 annähernd konstant halten zu können« (BMI 2011: 76). Abgesehen davon, dass damals eine solche Zahl migrationspolitisch als nicht machbar impliziert wurde, folgte als nächster Satz auch gleich ohne einen weiteren Kommentar: »Qualifizierte Zuwanderung ist in dieser Dimension allerdings wohl kaum erreichbar.« (Ebd.) Das argumentative Spannungsverhältnis

19 Die Jahreszahlen wurden gewählt, da dies die Zeitspanne ist, in der die sogenannte Generation der Babyboomer ins Rentenalter kommen würde und die prognostizierte absolute Zahl der Erwerbsfähigen dann besonders stark abnimmt.

zwischen einem quantitativen ›Erwerbsfähigenbedarf‹ und dem Fokus der regulatorischen Vorschläge und Bemühungen auf die Hochqualifizierten- oder Fachkräfteanwerbung blieb ebenso allgegenwärtig wie dethematisiert. Dies geschah etwa, wenn sich die demografische Debatte auf eine Studie der OECD bezog, in der diese Deutschland angesichts einer Reihe aufenthaltsrechtlicher Reformen von 2012 und 2013 zu einem der liberalsten OECD-Länder in Bezug auf die Anwerbung von Hochqualifizierten erklärte (vgl. OECD 2013). In der Öffentlichkeit galten solche Hinweise auf eine ›unbemerkte Erweiterung‹ des Aufenthaltsrechtes oftmals als Synonym für eine bereits bestehende offene Migrationspolitik.<sup>20</sup> Deutlich wurde dies etwa in den Einwanderungsgesetz-Papieren der SPD und der CDU-Abgeordneten-Gruppe CDU2017 vom Frühjahr 2015, wo der zukünftige Erwerbspersonen- und Fachkräftebedarf weitgehend synonym verwendet wurde (vgl. CDU2017 2015; SPD 2015). Systematisch eingeschrieben wurde die Logik einer ›qualifizierten Zuwanderung‹ als demografischer Hebel auch in den – wenn auch unterschiedlich ausgestalteten – Plädoyers von Grünen über SPD und FPD bis hin zur AfD für ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild (vgl. Mediendienst Integration 2015). Nur die Linke sprach sich in diesem Zusammenhang in ihrem Parteiprogramm gegen eine Migrationspolitik aus, die »Menschen für das Kapital als ›nützlich‹ oder ›unnützlich‹ einteilt« (Die Linke 2011).

Eine solche Demografisierung von Migrationspolitik prägte auch die Art und Weise, wie die sogenannte ›Flüchtlingskrise‹ nach dem langen ›Sommer der Migration‹ hegemonial verhandelt wurde (vgl. Schwiertz/Ratfisch 2016: 17ff). Zwar wurde anfangs ab und an über die »schiere Zahl« im Sinne eines deutschen Zuwanderungsbedarfs spekuliert, oder sprach der Spiegel Ende 2015 von 500 000 Zuwanderer\*innen pro Jahr als günstige Voraussetzung für ein »zweites deutsches Wirtschaftswunder« (Nahles 2015; Müller 2015). Und auch die Alterszusammensetzung der Geflüchteten wurde in der ersten Zeit vielfach als nützlich kommentiert: »Deutschland wird wieder jung«, titelte die Zeit und bezog sich – in der Debatte eher ungewöhnlich – auf eine EU-Statistik über die Senkung des Durchschnittsalters der EU-Gesamtbevölkerung durch die Asylsuchenden (Oberhuber 2015). Diese Erwägungen über langfristige quantitative und Alters-Effekte wurden aber von

20 Vgl. Brand 2015; Interview D. Gemeint waren mit den Reformen die Blue Card, die Regelungen für ›Mangelberufe‹ sowie neue Regelungen für Visa zur Arbeitsplatzsuche für Akademiker\*innen.

Anfang an in Expertisen ebenso wie Medienreferenzen so gut wie vollständig von der Frage überlagert, wie die Geflüchteten als Fachkräftereservoir der Zukunft zu bewerten seien: Diverse Institutionen, von der Ressortforschung im BAMF und im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) bis zu Think Tanks wie dem Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) oder dem ifo-Institut begannen emsig mit einer humankapitalistischen Einordnung der Neuankömmlinge und verbreiteten schnell starke Thesen über deren Nützlichkeit – trotz offensichtlichen Fehlens aktueller Daten. Dabei ließen sich zwei Positionen unterscheiden: Die eine erklärte die Neuankömmlinge wegen schlechter Qualifizierung generell als unbrauchbar für die Lösung des Fachkräfteproblems und beharrte auf einer strikten Trennung von Anwerberegime und Asylpolitik – so Innenminister De Maizière oder das ifo-Institut (vgl. De Maizière 2015; Vetter 2015). Die andere Position hob das längerfristige Fachkräftepotenzial bestimmter Gruppen Geflüchteter stärker hervor. Die erste war damit eher einem konservativ-national neoliberalen, letztere einem eher international-orientiert neoliberalen Hegemonieprojekt zuzuordnen.<sup>21</sup>

Verhandelt wurden in der Debatte nicht nur bestehende schulische und berufliche Qualifikationen. Es wurde auch vielfach spekuliert, mit welchem zukünftigen Ausbildungsniveau oder mit welcher zukünftigen Arbeitsmarktintegration bei bestimmten Gruppen zu rechnen sei – auf der Grundlage vergangener Erhebungen. So behauptete das ifo-Institut auf der Grundlage von PISA-Daten aus 2011, »dass zwei Drittel der Flüchtlinge aus Syrien von ihrem Bildungssystem für eine Beteiligung an einer modernen Gesellschaft nicht ausreichend ausgebildet wurden« oder verbreitete mit Rekurs auf Erhebungen der bayrischen Handwerkskammer eine zu erwartende Abbruchquote von 70 Prozent bei afghanischen, irakischen und syrischen Auszubildenden (ifo 2015a). Think Tanks wie etwa das IAB betonten demgegenüber stärker die von ihnen identifizierten Teilmengen »nützlicher« Geflüchteter und empfahlen insbesondere Investitionen in die Ausbildung der unter 25-jährigen (vgl. IAB 2015). Das Augenmerk lag hier von Anfang an in der Erfassung der

21 Eine andere Dimension der Expertise war es, die Unterschichtung des Arbeitsmarktes und die Orientierung der Flüchtlinge in Richtung »Helferberufe« vorzubereiten (vgl. IAB 2016). Das IW diskutierte eine flexible Aushöhlung des Mindestlohns (vgl. Hütner 2015); das ifo-Institut forderte gleich dessen völlige Abschaffung (vgl. ifo 2015b). Angesichts der Verknüpfung des demografischen Projektes mit »qualifizierter Zuwanderung« wurde dies aber nicht als zentrale demografisch-politische Frage verhandelt.

Gruppen, von deren asylrechtlicher Anerkennung ausgegangen wurde, indem etwa die statistische »Bleibewahrscheinlichkeit« in Form nationaler Anerkennungsquoten in Aussagen zur Qualifizierung der Geflüchteten einberechnet wurden (IAB 2016: 5). Dazu kamen einige Vorstöße in Richtung selektiver rechtlicher oder administrativer Verbesserungen für bestimmte Gruppen von Asylbewerber\*innen und Geduldeten, wie etwa frühere Arbeits- und Ausbildungszugänge oder auch das Plädoyer für einen bisher vom Aufenthaltsgesetz ausgeschlossenen »Spurwechsel« in Richtung anderer Aufenthaltstitel (vgl. IW 2015b). All dies geschah unisono auf der Grundlage, dass die Think Tanks Abschreckungsmaßnahmen in den Herkunftsländern, schnellere Entscheidungen und schnellere Abschiebungen für diejenigen forderten, die keine »Bleibeperspektiven« hatten und als unqualifiziert galten.

Die auf den ersten Blick vor allem klassenselektiven Kriterien einer »qualifizierten Einwanderung« ließen sich dabei nicht von rassistischen Kriterien der Ein- und Ausschlüsse trennen, sondern gingen damit einher, dass auf die Archive rassistischer Zuschreibungen zurückgegriffen wurde. Die utilitaristischen ökonomischen Rationalitäten der Demografiedebatte verliefen zudem nicht separat zu den anderen wichtigen Aspekten des deutschen Migrationsregimes: den Dispositiven der Sicherheit, des antimuslimischen Rassismus, aber auch der An- und Aberkennung von Schutzbedürftigkeit, um nur einige zu nennen. Rassistische Projektionen und Praktiken entwickelten sich quer zu diesen Formationen und auch wechselseitig überdeterminierend. Wie gezeigt, war es ein Aspekt der Erfassungsszenarien nach dem »Sommer der Migration«, bestimmte Gruppen von Geflüchteten nach nationaler Herkunft zu kategorisieren und dementsprechend medial nationale Zuschreibungen zu transportieren (2015 insbesondere zu Afghanistan, Syrien, Irak und Eritrea). Dabei wurden nicht nur Angaben über den jeweiligen national durchschnittlichen Ausbildungsstatus verbreitet, sondern auch Spekulationen über langfristige Qualifizierungs- und Arbeitsmarktperspektiven – mit Verweis auf Ausbildungsabbruchquoten oder Erwerbslosenzahlen früher angekommener Gruppen. Im Sinne demografischer Kategorisierungen funktionierte ein solches Wissen nicht als Verweis auf die sozialen (inklusive rassistischen) Verhältnisse, die hinter diesen Zahlen stehen mochten, sondern als Zuschreibung von Gruppeneigenschaften, die bestehende Archive rassistischer Projektionen zu stabilisieren, aber auch zu verändern und zu erweitern vermochten. Die Debatte über die (Nicht-)Nützlichkeit der Geflüchteten, wie sie sowohl beim Ausspielen eines Anwerberegimes gegen humanitäre Kriterien als auch beim selektiven Zugriff auf qualifizierte Neu-

ankömmlinge florierte, entwickelte somit eine enorme Dynamik rassistischer Projektionen und Differenzierungspraktiken.

Typisch für die rassistischen Effekte im Rahmen des Demografiedispositivs war es zudem, dass die vermeintlich längerfristige staatlich-migrationspolitische Perspektive und die Rede von nun erwünschten neuen Staatsbürger\*innen dennoch damit einherging, dass die sogenannten Bleibeperspektiven nicht nur im Asylrecht, sondern auch in den bevorzugten Anwerberegimen grundsätzlich mit dem Etikett der Vorläufigkeit versehen wurden. Die Illusion demografiepolitischer Gestaltung mündete hier darin, den Bevölkerungskörper via Finetuning permanent an neue demografisch analysierte Konstellationen und Zukünfte anpassen zu wollen. Die Ausdifferenzierung von Kriterien der Nützlichkeit ermöglichte es, dass Bleiberechte im Aufenthaltsrecht je nach Qualifikation zunehmend hierarchisiert wurden – und weiterhin in einem Stückwerk von widerrufbaren Kannbestimmungen bei der Einräumung und Verlängerung von Aufenthaltstiteln untergeordnet wurden, die für die allermeisten Gruppen (auch die meisten ›Qualifizierten‹) mit einem jahrelangen bis permanent prekären Aufenthalt einhergingen (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2016). Die behördliche Willkür stand nicht zur Disposition, sondern wurde letztendlich über die neuen Bestimmungen – nach klassenselektiv und damit verschränkten rassistischen Kriterien – ausgeweitet.

Im Sinne einer intersektionalen Analyse der damaligen demografisierten Familien- und Migrationspolitik lässt sich zudem zeigen, dass sich im utilitaristisch-neoliberalen Hegemonieprojekt angesichts des übergeordneten Diskurses zum ›Fachkräftemangel‹ auch die rassistische Konfrontationslinie unter dem Motto ›Kinder statt Inder‹ klassenselektiv ausdifferenzierte. Dieses Motto war 2000 dem CDU-Politiker Jürgen Rüttgers zugeschrieben worden und blieb im völkisch-nationalen Projekt der AfD präsent (vgl. Spiegel 2000, AfD 2014). Das Ausspielen fand nun vorrangig unter den Vorbedingungen der klassenselektiven Exklusion zwischen in- und ausländischen Fachkräften statt: Auf der einen Seite ging es um die Mobilisierung der ›stillen Reserve‹ der qualifizierten Frauen, denen mit der familienpolitisch zentralen ›Vereinbarkeit von Familie und Beruf‹ gleichzeitig auch die Verwirklichung von Kinderwünschen ermöglicht werden sollte, um auch langfristig für Humankapital zu sorgen. Dazu kam das Projekt der Mobilisierung der (insbesondere jüngeren und älteren) qualifizierten Erwerbslosen. Auf der anderen Seite sollte die zukünftige nationale Fachkräftebasis eben auch durch die anzuwerbenden ausländischen Fachkräfte und die zu qualifizierenden anerkannten Geflüchteten erweitert werden. Der Diskurs des Fachkräftemangels, der auf der Grundlage

eines spekulativen statistischen Wissens Arbeitsverhältnisse ebenfalls ›demografisierte‹, indem die Menge der Qualifizierten und nicht die Bedingungen von Arbeitskraftpolitiken zum Ansatzpunkt wurden, entwickelte sich so also zu einer verbindenden Klammer einer qualitativen klassenselektiven Bevölkerungsprogrammatik (vgl. Georgi u.a. 2014).<sup>22</sup> In Bezug auf die Programmatik einer selektiven Fachkräftenanwerbung stimmten zudem Hegemonieprojekte von völkisch-national über national-konservativ-neoliberal und international-orientiert-neoliberal bis linksliberal überein, während sie in der Frage humanitärer Asylpolitik, aber auch in Bezug auf nationale Leitbilder oder Leitkulturen stark auseinanderdrifteten. Gleichzeitig ermöglichte das Dispositiv einer qualitativen Bevölkerungspolitik jederzeit ein rassistisches Ausspielen inländischer gegen ausländische Fachkräfte, das sowohl für völkisch-nationale Argumente als auch für ein in manchen sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Kreisen vertretenes ›national-soziales‹ Hegemonieprojekt anschlussfähig wurde, etwa wenn Qualifizierungsoffensiven im Inland als Priorität gegenüber der Anwerbung ausländischer Fachkräfte betont wurden (vgl. ebd.: 219). Aus einer demografiekritischen Perspektive ist es wichtig, jeweils die entnannte Seite der Exklusion sowohl in einer demografisierten Familien- als auch in einer demografisierten Migrationspolitik herauszustellen. Dazu zählte zum einen die implizierte Abwertung von Kindern oder Kinderwünschen der als ›bildungsfern‹ stigmatisierten, prekär Arbeitenden, Erwerbslosen und Migrant\*innen. Zum anderen blieben als Kehrseite der allseits als liberal gefeierten ›qualifizierten Zuwanderung‹ vielfältige Strategien der Abschottung, Entrechtung, Illegalisierung und Abschiebung eine übergreifende Klammer der Demografiepolitik, die allerdings systematisch entnannt wurde (vgl. Schreiner 2013). Dass die im Nachklang des ›Sommers der Migration‹ an Bedeutung gewinnenden demografischen Rationalitäten mit einer Verschärfung abschottungspolitischer Maßnahmen absolut kompatibel waren, machten vielfältige Verschärfungen des Asylregimes ab Mitte 2015 mehr als deutlich.<sup>23</sup>

22 Zur Problematik der Erfassung des ›Fachkräftemangels‹ vgl. Kramer 2015; BAMF 2015.

23 Siehe dazu regelmäßige Updates zu Asylrechtsverschärfungen bei Pro Asyl (<https://www.proasyl.de/thema/asylrechtsverschaeerfung/>)

## Konjunkturen des Rassismus: Die zukünftige Nation und eine demografisierte Migrationspolitik

Deutlich wurde bis hier, dass das demografische Wissen das Konfliktfeld der Migrationspolitik im Kontext des ›Sommers der Migration‹ auf eine spezifische Weise strukturierte. Das demografische Dispositiv ist dabei nicht losgelöst von anderen rassistischen Dispositiven zu betrachten – wie etwa das ab 2016 wieder mehr als deutlich werdende Sicherheitsdispositiv im Kontext eines kriminalisierenden, vor allem antimuslimisch ausgerichteten Rassismus. Demografie stellte sich als Konfliktfeld dar, auf dem verschiedene Hegemonieprojekte und verschiedene Konzepte der Nation, und insofern auch verschiedene rassistische Konjunkturen, aufeinandertrafen. Verhandelt wurden Fragen einer längerfristigen biopolitischen Bedeutung von Migration für die Nation. Auf den ersten Blick positionierten sich dabei diejenigen, die demografische Nützlichkeitskriterien in der Debatte um Zu- oder Einwanderungspolitik betonten, gegen die Vertreter\*innen einer Demografie als völkisch-nationales Projekt. Letztere warnten mit neuem Rückenwind durch AfD und Co vor einer ›Überfremdung‹ oder ›Überlastung‹ und wollten die vermeintlich homogene Ethnizität der Deutschen durch nationale Abschottung weiter verteidigen (vgl. Botsch/Kopke 2018). Gleichzeitig bestärkten sich diese beiden hier in den Vordergrund gestellten Hegemonieprojekte aber auch in vieler Hinsicht, insoweit sie sich beide (auf unterschiedliche Weise) auf eindämmende klassenselektive und/oder rassistische Kriterien gegen rein quantitative demografische Rationalitäten bezogen, also darauf ausgerichtet waren, einer rein quantitativen Logik von Migration als einfache Gegenstrategie gegen das nationale ›Schrumpfen‹ und ›Altern‹ entgegenzuwirken. Die Demografiedebatte stellte so auch eine Reaktion auf erkämpfte Migrationsbewegungen und eine Normalisierung von Deutschland als Einwanderungsland dar, in der so etwas wie längerfristige Effekte von Zuwanderung überhaupt verhandelt werden konnten und mussten. Die prinzipiell in ihren Grundaussrichtungen unhinterfragte demografische Problematisierung eines ›schrumpfenden‹ und ›alternden‹ Deutschlands stellte dabei auch eine gemeinsame Folie dar, die systematisch eine gewisse Nähe verschiedener Hegemonieprojekte (von völkisch-national über konservativ-national-neoliberal und international-orientiert-neoliberal bis national-sozial) in ihren gemeinsamen Positionen für eine ›qualitative‹ Bevölkerungspolitik herstellte. So lief die angefeuerte Wissensproduktion über eine segregierte ›migrantische Geburtenrate‹, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise, in utilitaristisch-neolibera-

len und völkisch-nationalen Projekten auf anti-immigratorische Schlussfolgerungen hinaus – sei es, dass die Geburtenrate der ›Anderen‹ als ›zu hoch‹ für das Projekt einer ›ethnisch homogenen‹ Nation oder als ›zu niedrig‹ für die nationale ›Alterung‹ projiziert wurde. Gemeinsam wurden hier reproduktive Genealogien der ›Anderen‹ bis weit in die Zukunft konstruiert und die rassistische Idee einer sich separat reproduzierenden Bevölkerungsgruppe bestärkt. Ebenso war es den Hegemonieprojekten gemeinsam, im Verhandeln über Strategien einer mittel- oder längerfristigen Arbeitskraftpolitik, wenn auch auf sehr unterschiedliche Weise, mehr oder weniger selektive Rationalitäten einzuführen und zu überlegen, wie diese Strategien auf Fachkräftenwerbung und -mobilisierung eingedämmt und flexibilisiert werden konnten. Sowohl die Narrative über ein segregiertes ›reproduktives Verhalten‹ von Migrant\*innen als auch die Narrative der Zu- oder Abschreibung von ›Qualifiziertheit‹ oder auch ›Qualifizierbarkeit‹ sind somit als Elemente einer epistemischen Gewalt zu verstehen, die typisch für die Konjunktur des Rassismus im Rahmen einer demografisierten Migrationspolitik waren und sind.

Abschließend möchte ich einige Anmerkungen hinzufügen, inwiefern die Demografisierung von Migrationspolitik dabei zu einer Reartikulation des deutschen Nationenbegriffs beitrug und dann einige Schlussfolgerungen für eine intersektionale feministische und rassismuskritische Kritik der Demografisierung von Migrationspolitik ziehen, um dieser epistemischen Gewalt etwas entgegenzusetzen. Im Zentrum einer demografisierten Migrationspolitik steht sicher das Projekt der Nation. Die aufgezeigten Anordnungen des demografischen Wissens reproduzieren einen ›nationalen Container‹ als unhintergehbare Bezugsgröße, mit dem die rassistische Anordnung des Otherring, also die Frage, wen von den ›Anderen‹ ›wir‹ brauchen, perpetuiert wird (vgl. Hess 2011; Attia 2014). Trotz aller Debatten über Öffnungen und Flexibilisierungen des Migrationsregimes in der untersuchten Phase wurde mit dem Rekurs auf demografisches Wissen die Nationform gefestigt, indem ›Bevölkerung‹ als prinzipiell abgegrenzte Einheit ins Verhältnis zu nationalökonomischen oder ethnisierenden Daten und Kriterien gesetzt wurde, zu deren Optimierung sie reguliert und angepasst werden sollte. Diese Rationalität zeichnet sich zudem grundlegend durch eine planwirtschaftliche Phantasmatik aus und setzt sowieso voraus, globale kapitalistische Zusammenhänge, weltwirtschaftliche Dynamiken und damit auch rassistische, postkoloniale Kontinuitäten globaler Ausbeutungsverhältnisse systematisch auszublenden.

Die fiktive Ethnizität, die Balibar als zentrale Referenz für die Nationform kapitalistischer Vergesellschaftung analysiert hat, war im Rahmen der analy-

sierten Demografisierungsprozesse allerdings in Veränderung begriffen (vgl. Balibar 1992). Während das rechte Hegemonieprojekt eine homogene Ethnizität mit Rekurs auf eine biologisch-kulturelle Vergangenheit weiter verteidigte, verortete das utilitaristisch-neoliberale Projekt, wie ich es anhand der politikberatenden Think Tanks und Regierungsexpertisen untersucht habe, die fiktive Ethnizität vor allem in einer vermeintlichen nationalen Zukunft. Projektionsfläche wurde ein zukünftiger nationaler Bevölkerungskörper, der durch Migration erweitert und dabei im Sinne eines ›Leitbildes‹ statt einer Leitkultur alten Zuschnitts durch vielfältige staatliche Einschnitte modernisiert werden sollte.<sup>24</sup> Diese Zukunft ist jedoch keine offene, sondern eine, die sich über das Ideal einer Stabilität des gesellschaftlichen Status quo legitimiert – und darüber, dass langfristig die nationalökonomische Entwicklung (oder auch die Stabilität des Staatshaushaltes) garantiert werden sollte. Mit Rekurs auf Michel Foucaults Konzept des Staatsrassismus, innerhalb dessen rassistische Einschnitte mit einer allgemeinen Selbststärkung des Lebens legitimiert werden, könnte auch dieses Projekt einer nationalen Zukunft als nationalökonomisch-staatsrassistisch verstanden werden (vgl. Foucault 2001): Biopolitische Einschnitte seien eben nötig, um das zukünftige ökonomische Fortkommen aller in der Nation langfristig zu sichern. Im Unterschied zu kurzfristiger angelegten Anwerbepolitiken im Sinne einer Hire- and Fire-Migration entwickelten sich in dieser Vision einer zukünftigen Nation komplexere vielfältigere Ein- und Ausschlusskriterien, wie sie etwa auch von Tsianos und Pieper als typisch für neue Konjunkturen des Rassismus identifiziert wurden (vgl. Tsianos/Pieper 2011). Für einen »postliberalen Rassismus« erklären sie: »War das corpus delicti des Neorassismus die kulturalistische Trope der Unvereinbarkeit von Kulturen, so ist es für den postliberalen Rassismus die proaktive Vervielfältigung der Grenzen innerhalb der liberalen Politiken der Bürgerschaft.« (ebd.: 121) Die Autor\*innen referierten insbesondere auf die Arbeiten von Sandro Mezzadra und Brett Neilson, die darauf hinwiesen, dass Rassismuskritik sich heute eher mit einer differenziellen Inklusion in stratifizierte Ausbeutungsverhältnisse als mit der reinen Exklusion zu beschäftigen habe (Mezzadra/Neilson 2013: 73f, 157f).

24 Den Begriff des Leitbildes bringt etwa das IW im Kontext seiner Vorschläge zur Einwanderungspolitik ein (vgl. IW 2015a). Aber auch der Vorschlag von Naika Foroutan, die für ein zukünftiges politisches Leitbild und gegen eine Leitkultur plädierte, ist mit einem solchen flexibilisierten Nationenbegriff kompatibel (vgl. Foroutan 2015).

Für eine demografiekritische Perspektive ist es jedoch zentral, weniger die differenzielle Inklusion zu betonen als die wechselseitige Konstitution differenzieller Inklusion und Exklusion herauszuarbeiten und die oftmals entnannten exkludierenden Strategien und Effekte hervorzuheben. Dafür ist es nötig, die Kritik der staatsrassistischen Grundanordnung mit der Analyse diverser und spezifischer institutioneller Rassismen zu kombinieren. Denn über den foucaultschen Rassismusbegriff hinaus gilt es, die biopolitischen rassistischen Einschnitte in die Bevölkerung nicht nur zu konstatieren, sondern auch zu erklären, auf welche Gruppen Rassismus wirkt und welche Körper nach welchen Projektionen zu den un/erwünschten Anderen werden. Eine rassismustheoretische Analyse braucht dabei auch – über diesen Ausgangspunkt einer Kritik der grundsätzlichen staatsrassistischen Anordnung hinaus – eine differenzierte Analyse institutioneller Rassismen, sei es in den Willkürentscheidungen von Behörden, sei es in den Erfassungskriterien der Wissenschaft. Schließlich geschieht hier das Finetuning des differenziellen Aus- und Einschlusses – und sind dies die Laboratorien, in denen alltäglich vielfältige Rassismen reaktiviert oder auch neu formiert werden können.

Eine intersektionale Kritik der untersuchten Phase einer Demografisierung von Migrationspolitik kann zudem dafür sensibilisieren, dass in bestimmten Konjunkturen des Rassismus die rassistischen Ein- und Ausschlusskriterien über eine unmittelbare kurzfristige Nützlichkeit produktiver Körper für global stratifizierte Arbeitsmärkte hinausgehen. Zum einen werden im Rahmen der demografiepolitischen Perspektive die erstellten Behauptungen über eine zukünftige Nützlichkeit von Zugewanderten im Sinne einer ›Qualifizierbarkeit‹ oder ›Integrierbarkeit‹ in den Arbeitsmarkt langfristiger. Zum anderen spielte in dem beschriebenen Demografie-Revival auch die Differenzierung nach Altersgruppen, Familienstatus, Reproduktivität und biologisches Geschlecht der ›Anderen‹ eine wichtige Rolle, womit der Blick auf eine günstige ›generative Zusammenstellung‹ und auf die reproduktiven Körper der ›Anderen‹ an Bedeutung gewann. Eine rassismuskritische Strategie gegen Projekte der Demografisierung muss insofern immer im ersten Schritt an der Nationform und der Idee einer nationalen Nützlichkeit selbst ansetzen, sei sie kurzfristiger arbeitskraftökonomisch oder – wie es das genuin Demografiepolitische ausmacht – langfristig biopolitisch angelegt. Es gilt, aus einer Perspektive weltwirtschaftlicher Ungleichheit und Ausbeutung ein ›Wir‹ zurückzuweisen, für dessen nationalökonomisches Wohl Migrationspolitik instrumentalisiert werden soll – so inklusiv und hybrid es auch formuliert sein mag. Meines Erachtens ist es für die Kritik einer

solchen rassistischen Konjunktur zentral, erstens die Verschränkung von rassistischen und klassenselektiven Kriterien aus der Perspektive derjenigen zu hinterfragen, die als kurz-, mittel- oder sogar langfristig ›unnützig‹ und ›überflüssig‹ markiert werden. Weiterhin zeigt sich aber auch, dass eine auf die Verschränkung von Klasse und Rassismus orientierte Analyse zu kurz greift, wenn sie Fragen biopolitischer Genealogien außen vor lässt. Zur Kritik einer demografiepolitischen rassistischen Konjunktur gehört deswegen auch die Kritik einer Reaktivierung genealogischer Ideen der Nation, innerhalb derer aktuelle Bevölkerungen den nationalen Status quo über die Genealogien der Verwandtschaft in die Zukunft verlängern. Das merkwürdig ambivalente Interesse an der Reproduktivität, am Familienstatus und an der Jugendlichkeit der ›Anderen‹ in der untersuchten Phase einer demografisierten Migrationspolitik in Deutschland sollte insofern zentraler Gegenstand einer solchen Rassismuskritik sein.

Der ›lange Sommer der Migration‹ nach und durch Europa hindurch – samt fehlender ›Obergrenzen‹ und einem fehlenden staatlichen Überblick – war ein Gräuel für die Apologet\*innen der Demografie und viele Entwicklungen zielten seitdem darauf ab, ihr Ordnungsdenken wieder zu etablieren. Eine antirassistische Praxis muss dazu beitragen, aus einer Kritik differenzieller Exklusion heraus diese Perspektive der Demografisierung zu verweigern und die im demografischen Wissen stillgestellten Verhältnisse statt die problematisierten Bevölkerungsgruppen in den Mittelpunkt zu rücken. Für eine solche Politik der Durchkreuzung des Nationalen gibt es viele Anknüpfungspunkte. Der Rekurs auf ein Recht auf Rechte und der Protest gegen heutige und kommende Ausschlüsse und Entrechtungen aus den Federn von Statistik und Demografie gehören auf jeden Fall dazu.

## Interviews

**Interview A** mit Wissenschaftler\*in des Max-Planck-Instituts für Demografische Forschung am 9.7.2015 in Rostock.

**Interview B** mit Wissenschaftler\*in des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung am 22.7.2015 in Wiesbaden.

**Interview C** mit Wissenschaftler\*in des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge am 8.9.2015 in Nürnberg.

**Interview D** (Telefoninterview) mit Wissenschaftler\*in ehemals Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, inzwischen in der universitären Forschung am 17.9.2015.

## Literatur

- AfD (Alternative für Deutschland) 2014: Demografie und Familienpolitik. Stärkung von Familien und Willkommenskultur für Kinder müssen Vorrang vor Zuwanderung haben, Pressemitteilung der AfD Brandenburg vom 2.9.2014, <https://afd-brandenburg.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- AfD 2016: Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm der Partei Alternative für Deutschland, 30.4./1.5.2016, Stuttgart: AfD.
- Attia, Iman 2014: Rassismus (nicht) beim Namen nennen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 13/14: 8-14.
- Bade, Klaus J. (Hg.) 1994: *Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung*, München: Beck.
- Balibar, Etenne 1992: Die Nation-Form. Geschichte und Ideologie, in: ders./Immanuel Wallerstein (Hg.): *Rasse Klasse Nation: Ambivalente Identitäten*, Hamburg: Argument, 107-130.
- BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) 2011: *Generatives Verhalten und Migration. Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland*, Nürnberg: BAMF.
- BAMF 2015: *Bestimmung von Fachkräfteengpässen und Fachkräftebedarfen in Deutschland*, Working Paper 64, Nürnberg.
- Barlösius, Eva 2007: Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis, in: dies./Daniela Schiek (Hg.): *Demographisierung des Gesellschaftlichen*, Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 9-32.
- Birg, Herwig 2001: *Auswirkungen und Kosten der Zuwanderung nach Deutschland. Gutachten im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums*, Bielefeld.
- Birg, Herwig 2005: *Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*, München: Beck.
- BMI (Bundesministerium des Innern) 2011: *Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes*, Berlin.

- BMI 2012: Jedes Alter zählt. Demografiestrategie der Bundesregierung, Berlin.
- BMIBH (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat) 2021: Demografiepolitik im Querschnitt. Résumé des Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat zum Ende der 19. Legislaturperiode, Berlin: BMIBH.
- Botsch, Gideon/Christoph Kopke 2018: Der »Volkstod«. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, in: Juliana Lang/Ulrich Peters (Hg.): Antifeminismus in Bewegung, Hamburg: Marta-Press, 63-90.
- Brand, Katrin 2015: Kursänderung mit Anlauf. CDU für Einwanderungsgesetz nach 2017, in: Tagesschau vom 14.9.2015, <https://www.tagesschau.de> / (Zugriff: 18.6.2016).
- Buckel, Sonja/Fabian Georgi/John Kannakulam 2014: Theorie, Methoden und Analysen kritischer Europaforschung, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik, Bielefeld: transcript, 15-86.
- Bühler, Christoph/Bianca Brüning 2017: The Fertility of Migrants and Minorities in Europe, Präsentation des Forschungsprojekts, Leibniz Universität Hannover, <https://www.ish.uni-hannover.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Butterwegge, Christoph/Gerd Bosbach/Matthias Birkwald (Hg.) 2012: Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung. Frankfurt/M: Campus.
- Carstensen, Lisa/Lisa-Marie Heimeshoff/Lisa Riedner 2018: Der Zwang zur Arbeit. Verwertungslogiken in den umkämpften Regimen der Anwerbe-, Flucht- und EU-Migration, in: Sozial.Geschichte Online 23: 235-269.
- CDU2017 2015: 10 Thesen zur aktuellen Debatte, 1./2.3.2015, <http://www.cdu2017.de> (Zugriff: 18.6.2016).
- De Maizièrè, Thomas 2015: Eröffnungsrede auf dem Strategiekongress Demografie am 22.9.2015, <https://www.youtube.com> (Zugriff: 11.4.2022).
- Demirovic, Alex/Manuela Bojadzijeve 2002: Konjunkturen des Rassismus, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Die Linke 2011: Programm der Partei die Linke, <https://www.die-linke.de> (Zugriff: 18.6.2016).
- Foroutan, Naika 2015: Wir brauchen ein Leitbild statt einer Leitkultur, in: Mediendienst Integration, 16.10.2015, <https://mediendienst-integration.de> (Zugriff: 11.4.2022).

- Foucault, Michel 1980: The Confession of the Flesh, in: ders. (Hg.): Power/Knowledge: Selected Interviews and Other Writings 1972-1977, New York: Pantheon, 194-228.
- Foucault, Michel 2001: Vorlesung vom 17. März 1976, in: ders.: In Verteidigung der Gesellschaft, Frankfurt/M: Suhrkamp, 282-311.
- Georgi, Fabian 2016: Ökonomie der Flucht und der Migration, in: Prokla 46(2): 183-203.
- Georgi, Fabian/Nikolai Huke/Jens Wissel 2014: Fachkräftemangel, Lohndumping und Puzzle-Politik, in: Forschungsgruppe Staatsprojekt Europa (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Bielefeld: transcript, 209-226.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 2003: Gouvernamentalität und die Ethnisierung des Sozialen, in: Marianne Pieper/dies. (Hg.): Gouvernamentalität. Ein sozialwissenschaftliches Konzept in Anschluss an Foucault, Frankfurt/M: Campus, 161-178.
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación 2016: Sensing Dispossession. Women and Gender Studies between Institutional Racism and Migration Control Policies in the Neoliberal University, in: Women's Studies International Forum 54, 167-177.
- Haug, Sonja 2017: Migration und migrationsbedingte Veränderungen der Bevölkerungsstruktur. Befunde, Prognosen, Herausforderungen, in: Tilman Mayer (Hg.): Die transformative Macht der Demografie, Wiesbaden: Springer VS, 257-278.
- Heim, Susanne/Ulrike Schaz 1996: Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte, Berlin: Schwarze Risse.
- Herm, Anne/Michel Poulain 2012: Economic Crisis and International Migration. What the EU Data Reveal? In : Revue Européenne de Migrations Internationales 28(4): 145-169.
- Hess, Sabine 2011: Welcome to the Container. Zur wissenschaftlichen Konstruktion der Einwanderung als Problem, in: Sebastian Friedrich (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft, Münster: assemblage, 40-58.
- Hüther, Michael 2015: Der Mindestlohn ist ein Hemmnis, in: Handelsblatt, 26.10.2015, <https://www.handelsblatt.com/> (Zugriff: 11.4.2022).
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) 2015: Flüchtlinge und andere Migranten am deutschen Arbeitsmarkt. Der Stand im September 2015, in: Aktuelle Berichte 14/2015, Nürnberg.
- IAB 2016: Typisierung von Flüchtlingsgruppen nach Alter und Bildung, in: Aktuelle Berichte 6/16, Nürnberg.

- Ifo-Institut 2015a: Ifo-Ökonom Wößmann fordert Erfassung des Bildungsniveaus der Flüchtlinge, Pressemitteilung vom 4.12.2015, <https://www.pressebox.de/inaktiv/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Ifo-Institut 2015b: Mindestlohn behindert Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsmarkt, Pressemitteilung vom 27.10.2015, <http://www.cesifo-group.de/> (Zugriff: 18.6.2016).
- IW (Institut der deutschen Wirtschaft Köln) 2015a: Zuwanderung, Integration und Wachstum. Eckpunkte für ein weiterentwickeltes Zuwanderungsrecht, <https://www.iwkoeln.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- IW 2015b: Flüchtlinge. Herausforderung und Chance für Deutschland, IW Policy Paper 26/2015, Köln.
- Karakayali, Juliane 2011: Bevölkerungspolitik im Postfeminismus, in: Sebastian Friedrich (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft, Münster: assemblage, 134-146.
- Kohls, Martin/Robert Naderi/Susanne Schmid 2013: Die Auswirkung wanderungsbezogener und sozioökonomischer Aspekte auf das generative Verhalten türkischer Migrantinnen in Deutschland, in: Bevölkerungsfor- schung aktuell. Mitteilungen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungs- forschung 2: 23-28.
- Kramer, Bernd 2015: Was wurde aus dem Fachkräftemangel? in: Spiegel, 13.4.2015, <https://www.spiegel.de> (Zugriff: 11.4.2022).
- Krapf, Sandra/Katharina Wolf 2015: Persisting Differences or Adaptation to German fertility Patterns? First and Second Birth Behaviour of the 1.5 and Second Generation Turkish Migrants in Germany, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 67: 137-164.
- kritnet (Netzwerk kritische Migrations- und Grenzregimeforschung) 2016: Offener Brief in Reaktion auf den CfP »The Fertility of Migrants and Minorities«, <http://kritnet.org/2016/demografie-und-rassismus/> (Zugriff: 5.3.2022).
- Lanzieri, Giampaolo 2013: Old and New Measures of Population Replacement. A Comparative Review with Application to European Countries, Conference paper, August 2013. ResearchGate, <https://www.researchgate.net/publication/258208913> (Zugriff: 11.4.2022).
- Laufenberg, Mike/Susanne Schultz 2021: The Pandemic State of Care: Care Familialism and Care Nationalism in the COVID-19-Crisis. The Case of Germany, in: Historical Social Research 46(4): 72-99.
- Lemke, Thomas 2007: An Indigestible Meal? Foucault, Governmentality, and State Theory, in: Distinktion 8(2): 43-64.

- Mayer, Tilman 2012: Demografiepolitik. Working Paper des Berliner Demografie Forum, 2.1.2012, Berlin.
- Mecheril, Paul/Astrid Messerschmidt 2013: Abseits der Assimilation: Konturen non-affirmativer subjektorientierter Migrationsforschung, in: Psychologie und Gesellschaftskritik 27(3/4): 137-154.
- Mediendienst Integration 2015: Braucht Deutschland ein Einwanderungsgesetz? Positionen von Parteien und Experten, <https://mediendienst-integration.de> (Zugriff: 11.4.2022).
- Messerschmidt, Reinhard 2014: »Garbled Demography« or »Demographization of the Social«? A Foucaultian Discourse Analysis of German Demographic Change at the Beginning of 21st Century, in: Historical Social Research 39(1): 299-335.
- Messerschmidt, Reinhard 2016: Demografisierung des Gesellschaftlichen. Eine diskursanalytische Bestandsaufnahme, in: Julian Hamann/Jens Maeße/Vincent Gengnagel/Alexander Hirschfeld (Hg.): In Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven, Wiesbaden: Springer VS, 319-357.
- Mezzadra, Sandro 2010: Autonomie der Migration – Kritik und Ausblick. Eine Zwischenbilanz, [http://www.grundrisse.net/grundrisse34/Autonomie\\_der\\_Migration.htm](http://www.grundrisse.net/grundrisse34/Autonomie_der_Migration.htm) (Zugriff: 11.4.2022).
- Mezzadra, Sandro/Brett Neilson 2013: Border as Method, or the Multiplication of Labor. Durham: Duke University Press.
- Milewski, Nadja 2009: Fertility of Immigrants and Their Descendants in West Germany. An Event-History Approach, Dissertation Universität Rostock.
- MPIDR (Max Planck Institute for Demographic Research) 2017: Fertility of Migrants in Germany. Project of the MPIDR Department Life Course, Social Policy, and the Family, Rostock.
- Müller, Henrik 2015: Zuwanderung. Das zweite deutsche Wirtschaftswunder, in: Spiegel 27.12.2015, <https://www.spiegel.de> (Zugriff: 11.4.2022).
- Naderi, Robert 2015: Kinderzahl und Migrationshintergrund. Ein Vergleich zwischen Frauen türkischer Herkunft mit oder ohne eigene Wanderungserfahrung sowie Frauen ohne Migrationshintergrund in Westdeutschland, in: Zeitschrift für Familienforschung 3: 322-342.
- Nahles, Andres 2015: Rede auf dem Strategiekongress Demografie am 22.9.2015, <https://www.youtube.com> (Zugriff: 11.4.2022).
- Oberhuber, Nadine 2015: Demografie. Deutschland wird wieder jung, in: Zeit, 15.9.2015, <https://www.zeit.de> (Zugriff: 11.4.2022).

- Oberndörfer, Dieter 2005: Demographie und Demagogie. Wissenschaft und Interesse bei Herwig Birg und Charlotte Höhn, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 12: 1481-1490.
- OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) 2013: *Germany Labour Migration. Germany is Open to Graduates but Immigration is Difficult for Medium-Skilled Workers*, <http://www.oecd.org> (Zugriff: 18.6.2016).
- Riedner, Lisa 2015: Justice for Janitors? Marktbürgerschaft, Freizügigkeit und EU-Migrantinnen im Arbeitskampf. Einblicke in ein aktivistisches Forschungsprojekt, in: *movements* 1(2): 1-25.
- Sarrazin, Thilo 2010: *Deutschland schafft sich ab*, München: DVA.
- Scherschel, Karin 2016: Citizenship by work? Arbeitsmarktpolitik im Flüchtlingsschutz zwischen Öffnung und Selektion, in: *Prokla* 46(2): 245-266.
- Schimany, Peter 2007: *Migration und demographischer Wandel*. BAMF Forschungsbericht 5, Nürnberg.
- Schmid, Susanne/Martin Kohls 2009: Reproductive Behaviour of Migrant Women in Germany: Data, Patterns and Determinants, in: *Vienna Yearbook of Population Research* 7(1): 39-61.
- Schreiner, Patrick 2013: Die »Nation« als neoliberale Existenzgemeinschaft: gescheiterte Heilslehren, gebrochene Versprechen und ökonomisch-soziale Krisen, in: Sebastian Friedrich/ders. (Hg.): *Nation – Ausgrenzung – Krise: kritische Perspektiven auf Europa*, Münster: assemblage, 43-52.
- Schultz, Susanne 2016: Die zukünftige Nation. Demografisierung von Migrationspolitik und neue Konjunkturen des Rassismus, in: *movements* 2(1): 117-140.
- Schultz, Susanne 2018: Demographic Futurity. How Statistical Assumption Politics Shape Immigration Policy Rationales in Germany, in: *Environment and Planning D: Society and Space* 37(4): 644-662.
- Schultz, Susanne 2019: Rassistische Zukunftskalkulationen: Zur Biopolitik einer migrantischen Geburtenrate, in: Kathrin Braun, Helene Gerhards (Hg.): *Biopolitiken. Regierungen des Lebens heute*, Wiesbaden: Springer VS, 157-182.
- Schwartz, Helge/Philipp Ratfisch 2016: Antimigrantische Politik und der »Sommer der Migration«, *Analysen 25 der Rosa Luxemburg Stiftung*, Berlin: Rosa Luxemburg Stiftung.
- SPD 2015: *Deutschland als Einwanderungsland gestalten. Warum wir ein Einwanderungsgesetz brauchen*. Positionspapier der SPD-Bundestagsfraktion, <https://www.spdfraktion.de/> (Zugriff: 11.4.2022).

- Spiegel 2000: »Kinder statt Inder«. Rüttgers verteidigt verbalen Ausrutscher, in: Spiegel, 9.3.2000, <https://www.spiegel.de> (Zugriff: 5.3.2022).
- Spieß, Katharina 2012: Zeit, Geld, Infrastruktur und Fertilität: Befunde empirischer Mikrostudien und was wir daraus lernen können, in: Hans Bertram/Martin Bujard (Hg.): Zeit, Geld, Infrastruktur – zur Zukunft der Familienpolitik, Baden-Baden: Nomos, 321-336.
- Statistisches Bundesamt 2015: Bevölkerung Deutschlands bis 2060, <https://www.destatis.de/> (Zugriff: 18.6.2016).
- Statistisches Bundesamt 2016: Alterung der Bevölkerung durch aktuell hohe Zuwanderung nicht umkehrbar, Pressemitteilung vom 20.1.2016, <https://www.destatis.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Stichnoth, Holger/Mustafa Yeter 2013: Cultural Influences on the Fertility Behaviour of First- and Second-Generation Immigrants in Germany, ZEW Discussion Paper, <https://www.zew.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Supik, Linda 2014: Statistik und Rassismus. Das Dilemma der Erfassung von Ethnizität, Frankfurt/M: Campus.
- Swiaczny, Frank 2014: Integration und Reproduktionsverhalten, Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/> (Zugriff: 11.4.2022).
- Thum, Marcel u. a. 2015: Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland, Studie im Auftrag der Friedrich Ebert Stiftung, Berlin.
- Tsianos, Vassilis/Marianne Pieper 2011: Postliberale Assemblagen. Rassismus in Zeiten der Gleichheit, in: Sebastian Friedrich (Hg.): Rassismus in der Leistungsgesellschaft, Münster: assemblage, 114-132.
- UKZ (Unabhängige Kommission Zuwanderung) 2001: Zuwanderung gestalten, Integration fördern, Bericht vom 4.7.2001, Berlin.
- Vetter, Philipp 2015: Sieben von zehn Flüchtlingen brechen Ausbildung ab, in: Die Welt, 14.10.2015, <https://www.welt.de/> (Zugriff: 5.3.2022).